



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Ansprechpartner: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 29.01.2007

Auszug

aus dem Entwurf der Niederschrift der 21. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 23.01.2007

**5.2 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg
Vorlage: Ds-Nr.: 0010/007**

RM Hamm teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese aus Gründen des sicheren und flüssigen Verkehrs für die Variante 3 plädiere. Sollte sich hingegen eine Mehrheit für die Variante 4 abzeichnen, werde seine Fraktion zumindest anregen, dass die Möglichkeit, die Grundstücke für einen späteren Ausbau zu erwerben, erhalten bleibe. Anderenfalls lehne sie die Vorlage ab.

RM Kron merkt an, dass die SPD-Fraktion sich noch im Beratungsprozess befinde und die Vorlage daher zunächst in die Bezirksvertretung Rodenkirchen verwiesen werden sollte. Er bitte diese, bei der Diskussion eine etwaige Verlegung des Radweges auf die Fahrbahn mit einzubeziehen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist RM Dr. Müller auf bereits vor den Kommunalwahlen vorliegende Planungen, nach denen jedoch im Gegensatz zu den aktuellen Planungen die Variante 1 vorgeschlagen wurde. Grundlage beider Planvorlagen sei eine seiner Zeit durchgeführte Verkehrsuntersuchung gewesen, insofern könne sie den Sinneswandel der Verwaltung nicht nachvollziehen. Sie zitiert aus der ursprünglichen Verwaltungsvorlage, dass bei einem vierspurigen Ausbau der Bonner ein Konflikt mit den Förderrichtlinien für den Stadtbahnbau zu erkennen sei. Eine Bezuschussung der Stadtbahnmaßnahme sei ausgeschlossen, wenn parallel hierzu eine massive Förderung des Kfz-Verkehrs erkennbar sei. Weiterhin wurde der vierspurige Ausbau der Rheinuferstraße damit begründet, dass Kapazitätseinschränkungen auf der Bonner Straße in der Folge des dortigen Stadtbahnbaus erfolgen werden. Werden diese Randbedingungen geändert, müsse auch damit gerechnet werden, dass Zuschüsse für den Ausbau der Rheinuferstraße vom Zuschussgeber zurückgefor-

dert werden. Abschließend merkt sie an, dass ihre Fraktion nach wie vor die Variante 1 zur Entlastung der Bonner Straße am Wirkungsvollsten halte.

BG Streitberger zeigt auf, dass der Bereich Gegenstand einer erneuten Überprüfung war und die Verwaltung aktuell zu einer anderen Einschätzung - insbesondere für den südlichen Bereich zwischen Gürtel und Verteilerkreis - gekommen sei. Einen reinen zweistreifigen Ausbau halte er auf Grund der weiteren Entwicklung beispielsweise im Bereich des Rheinauhafens für unzureichend. Sehr bedauerlich sei, dass Eingriffe in die vorhandene Bausubstanz trotz aller Bemühungen nicht vermieden werden können; die nun vorgelegte Planung halte er gleichwohl für einen guten und akzeptablen Kompromiss. Die seiner Zeit dargelegten Befürchtungen hinsichtlich etwaiger Zuschussrückzahlungen hege die Verwaltung aktuell nicht mehr. Eine fundierte Prüfung müsse jedoch sicherlich vor Antragstellung und Realisierung erfolgen.

RM Kirchmeyer teilt mit, dass die FDP-Fraktion die unterirdische Lösung, d.h. U-Bahnbau, für den Abschnitt zwischen Marktstraße und Gürtel nach wie vor für die effektivste Maßnahme halte. Eine abschließende Entscheidung über die in Rede stehenden Varianten habe ihre Fraktion noch nicht getroffen.

RM Tull gibt zu Bedenken, dass die Argumentation der Verwaltung für Variante 4 ihrer Auffassung nach nicht überzeuge. Durch den Wechsel von vier auf zwei Fahrspuren entstehe ein Nadelöhr, das bei den aufgeführten Verkehrsmengen zu erheblichen Beeinträchtigungen führen werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt hierzu aus, dass der Kreuzungsbereich Bonner Straße/Marktstraße/Schönhauser Straße/Brühler Straße aufgeweitet werde und darüber hinaus auch Verkehr hier abfließe, insofern halte er diese Lösung für funktional. Ein erheblicher Nachteil der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen favorisierten, lediglich zweispurigen Variante sei der „Verdrängungseffekt“ zu Lasten der umliegenden Straßen.

RM Dr. Müller merkt an, dass ihre Zweifel noch nicht völlig ausgeräumt seien und zur besseren Entscheidungsfindung die Vorlage des Verkehrsgutachtens sowie eine Kostengegenüberstellung der einzelnen Varianten wünschenswert sei.

Ausschussvorsitzender Möring schlägt vor, das Verkehrsgutachten im Detail in der Bezirksvertretung Rodenkirchen vorzustellen und interessierte Ausschussmitglieder an deren Sitzung teilnehmen zu lassen.

RM Kirchmeyer gibt noch zu Bedenken, dass bei den erarbeiteten Varianten fast alle regulären Parkplätze entfallen werden und die Verwaltung von daher prüfen sollte, ob die Errichtung einer oder mehrerer Quartiersgaragen möglich sei.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Möring den Verweisungsbeschluss mit den Wortbeiträgen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretung Rodenkirchen und verzichtet nicht auf Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt